

## Aktueller Kommentar

### Dunkle Wolken über der Braunkohle

19. Mai 2015

**Die deutsche Regierung steht zu ihrem Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40% gegenüber 1990 zu mindern. Da die Zielerreichung derzeit fraglich erscheint, schlägt Bundeswirtschaftsminister Gabriel vor, einen zusätzlichen Klimabeitrag für ältere Elektrizitätskraftwerke mit besonders hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen einzuführen. Hauptbetroffen davon wären insbesondere ältere Braunkohlekraftwerke. Und dies in einer Zeit, in der viele Kraftwerke ohnehin aufgrund veränderter Investitionsstrategien eines skandinavischen Großinvestors unter Druck stehen.**

Ende März diesen Jahres bekräftigte der Wirtschaftsminister seinen Vorschlag einen additiven „Klimabeitrag“ für Kohlekraftwerke einzuführen, die älter als 20 Jahre sind und über einen bestimmten Freibetrag hinweg CO<sub>2</sub> ausstoßen. Im Kern ging es um ein zusätzliches Einsparvolumen von 22 Mio. t CO<sub>2</sub>; zuletzt sind „nur noch“ 16 Mio. t in der Diskussion. Die Betreiber der Kohlekraftwerke, so der Vorschlag, sollen für jede Tonne CO<sub>2</sub>, die eine Freigrenze übersteigt, einen Strafbeitrag von bis zu 20 EUR entrichten. Hauptbetroffene dieser Neuregelung wären die Betreiber der Braunkohlekraftwerke, da diese unter allen Kraftwerksalternativen die höchsten Emissionen pro erzeugter Stromeinheit tätigen.

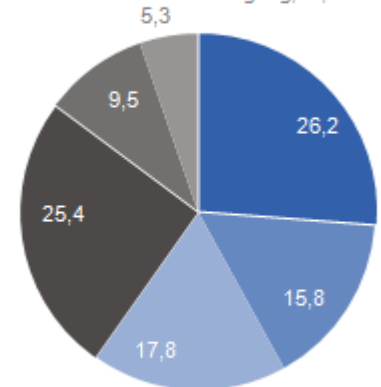
Gemessen an der deutschen Primärenergiegewinnung ist die Braunkohle seit vielen Jahren der größte heimische Energieträger. 2014 lieferte sie 55,2 Mio. t SKE (Steinkohleeinheiten) bzw. 41% zur gesamten inländischen Energiegewinnung (135,3 Mio. t SKE). Erneuerbare, die früher nur eine untergeordnete Rolle spielten, haben mittlerweile aufgrund diverser Förderinstrumente fast gleichgezogen (knapp 50 Mio. t SKE). Danach folgen mit Abständen Erdgas und (aufgrund sinkender Förderung) die heimische Steinkohle (11 bzw. knapp 8 Mio. t SKE). Deutschland ist seit Jahren der mengenmäßig wichtigste Braunkohleproduzent – noch vor China und Russland; zuletzt fand in Deutschland mehr als ein Sechstel der globalen Braunkohlegewinnung statt.

Die Lagerstätten sind konzentriert auf vier Regionen: das Rheinland, die Lausitz sowie Mitteldeutschland und Helmstedt. Im Unterschied zu konkurrierenden Energieträgern ist der Transport von Rohbraunkohle über größere Distanzen aufgrund des hohen Wassergehalts und dem relativ niedrigen Heizwert betriebswirtschaftlich nicht interessant. Daher dienen rund neun Zehntel der Braunkohlegewinnung ortsnahen Kraftwerken der Strom- und Fernwärmeerzeugung. In Deutschland basiert jede vierte verbrauchte Elektrizitätseinheit auf Braunkohle.

Mit dem Klimabeitrag sollen die deutschen Klimaziele erreicht werden, allerdings gibt es aber weitere Effekte: So werden die CO<sub>2</sub>-Emissionen des EU-Energiesektors bereits durch den EU-Emissionshandel begrenzt und sind (eigentlich) nicht mehr Teil der Emissionsbudgets der einzelnen EU-Länder. Nationale Sonderabgaben würden die Idee des EU-Emissionshandels (weiter) konterkarieren. Darüber hinaus trafe die Sonderabgabe mit der Braunkohle einen heimischen Energieträger, der sich über die verschiedenen Phasen der Marktliberalisierung des europäischen Strommarktes und der stürmischen Expansion der grünen Stromalternativen in Deutschland hinweg als überaus tragfähig, zuverlässig und wettbewerbsfähig erwiesen hat. Hinzu kommt die Energieversorgungssicherheit der Braunkohle in Deutschland, was im Umfeld der aktuellen Russlandkrise wieder zuletzt mehr Relevanz erlangt. Im Unterschied zu den anderen fossilen Energieträgern – also Steinkohle oder Erdgas – besteht für Braunkohle nämlich keinerlei Importabhängigkeit. Es bleibt auch abzuwarten, ob ein

#### Über 25% der Stromproduktion aus Braunkohle

Anteile an der Bruttostromerzeugung, %, 2014



■ Erneuerbare ■ Kernenergie ■ Steinkohle  
■ Braunkohle ■ Erdgas ■ Sonstige

Quelle: BDEW

Zurückfahren der Braunkohleverstromung in Deutschland zu steigenden (Braun-) Kohlestromexporten seitens Polens in Richtung des westlichen Nachbarn führen wird.

Perspektivisch ist die Braunkohle eine Übergangsenergie im deutschen Stromerzeugungsmix, da die Ausweitung der Grünstromerzeugung in Deutschland in den kommenden Dekaden ein Kernbestandteil der Energiewende ist und einen mengenmäßigen Rückgang aller fossilen Energieträger impliziert. Dies bedeutet, dass die Elektrizitätserzeugung auf der Basis Braunkohle in Deutschland ohnehin in den kommenden Jahren sinken wird. Hinzu kommt die jüngste Einigung auf die Einführung einer Marktstabilisierungsreserve im europäischen Emissionshandelsrecht bereits im Jahre 2019. Dies könnte zu höheren Emissionspreisen führen, was wiederum in Deutschland vor allem die Braunkohle trifft. Die Perspektiven der Braunkohle in der heimischen Elektrizitätserzeugung sind damit alles andere als „rosig“. Zu der aktuell erwarteten Verfehlung des deutschen Treibhausgasemissionsziels im Jahre 2020 kommt es auch deshalb, weil sich die deutsche Volkswirtschaft in den letzten Jahren besser als andere europäische Länder entwickelt hat. Gleichwohl dürften wohl nur wenige Idealisten aus Klimaschutzgründen ein schwächeres Wirtschaftswachstum in Deutschland fordern. Es spricht viel dafür, auch im Transformationsprozess der deutschen Energiewende hin auf eine auf erneuerbare Energieträger fokussierte Stromerzeugung im Rahmen des europäischen Emissionshandels zu agieren, also nicht immer wieder neue nationale Eingriffe vorzunehmen.



Autor: Josef Auer (+49) 69 910-31878

mehr zum Research-Bereich **Branchen und Ressourcen**  
Aktuelle Kommentare - Archiv

© Copyright 2015. Deutsche Bank AG, Deutsche Bank Research, 60262 Frankfurt am Main, Deutschland. Alle Rechte vorbehalten. Bei Zitaten wird um Quellenangabe „Deutsche Bank Research“ gebeten.

Die vorstehenden Angaben stellen keine Anlage-, Rechts- oder Steuerberatung dar. Alle Meinungsäußerungen geben die aktuelle Einschätzung des Verfassers wieder, die nicht notwendigerweise der Meinung der Deutsche Bank AG oder ihrer assoziierten Unternehmen entspricht. Alle Meinungen können ohne vorherige Ankündigung geändert werden. Die Meinungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen von der Deutsche Bank veröffentlichten Dokumenten, einschließlich Research-Veröffentlichungen, vertreten werden. Die vorstehenden Angaben werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit oder Angemessenheit der vorstehenden Angaben oder Einschätzungen wird keine Gewähr übernommen.

In Deutschland wird dieser Bericht von Deutsche Bank AG Frankfurt genehmigt und/oder verbreitet, die über eine Erlaubnis zur Erbringung von Bankgeschäften und Finanzdienstleistungen verfügt und unter der Aufsicht der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) steht. Im Vereinigten Königreich wird dieser Bericht durch Deutsche Bank AG, Filiale London, Mitglied der London Stock Exchange, genehmigt und/oder verbreitet, die von der UK Prudential Regulation Authority (PRA) zugelassen wurde und der eingeschränkten Aufsicht der Financial Conduct Authority (FCA) (unter der Nummer 150018) sowie der PRA unterliegt. In Hongkong wird dieser Bericht durch Deutsche Bank AG, Hong Kong Branch, in Korea durch Deutsche Securities Korea Co. und in Singapur durch Deutsche Bank AG, Singapore Branch, verbreitet. In Japan wird dieser Bericht durch Deutsche Securities Limited, Tokyo Branch, genehmigt und/oder verbreitet. In Australien sollten Privatkunden eine Kopie der betreffenden Produktinformation (Product Disclosure Statement oder PDS) zu jeglichem in diesem Bericht erwähnten Finanzinstrument beziehen und dieses PDS berücksichtigen, bevor sie eine Anlageentscheidung treffen.